

## Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für den Kreishaushalt 2012 (Es gilt das gesprochene Wort!)

### Anrede

„Die Arbeitslosigkeit im Kreis Steinfurt ist im November noch weiter gesunken. ... Die Arbeitslosenquote sank noch einmal um 0,1 Prozentpunkte auf jetzt 4,1 Prozent.“ so die (Bundesagentur für Arbeit, Presse Info 160/2011 vom 30.11.2011). Die Arbeitslosenzahl wies damit im Kreis Steinfurt einen historisch niedrigen Stand auf. Die Arbeitslosenquote, da werden Sie sicher zustimmen, ist ein zuverlässiger Indikator für den Zustand der Wirtschaft einer Region. Und wenn dann noch die Auftragsbücher der Unternehmen nach wie vor prall gefüllt sind (Jobcenter/ Arbeitsagentur) und zudem von „all den Verwerfungen auf den Finanzmärkten“ hier in Kreis Steinfurt nichts ankommt (jobcenter Kreis Steinfurt), dann könnte man sich angesichts „positiver Rahmenbedingungen“ (Haushaltsrede Landrat K.) beruhigt auf ein „gutes Haushaltsjahr, sowohl für den Kreis als auch für unsere Kommunen“ (Haushaltsrede Landrat K.) einstellen.

Kreiskämmerer Dr. Sommer sieht zwar zunehmenden Gegenwind – „Wir segeln zwar gegen den Wind, aber wir haben das Steuer fest in der Hand und halten den Kurs.“ (Haushaltsrede Dr. S.) – aber er belässt es bei dem Ratschlag, dass dies der „Mobilisierung weiterer Kräfte“ bedarf. Da frage ich Sie allen Ernstes, reicht es denn aus -mit Blick auf die globalen und lokalen Schieflagen - die Nase selbstzufrieden in den Wind zu halten? Wer Zeitung liest weiß, dass unvorstellbare virtuelle Geldmengen, durch die Finanzmärkte vagabundieren. Nur zwei Drittel davon werden durch volkswirtschaftliche Leistungen getragen. Wären wir gewappnet, wenn diese Blase platzt?

Aber wir brauchen gar nicht über den Tellerrand zu schauen, denn was wir hier im Kreis Steinfurt wahrnehmen, hätte so nicht eintreten dürfen: Acht Gemeinden im Nothaushalt! Und in den anderen Kreisen des Münsterlandes??? KEINE! Da kommt man nicht an der Frage vorbei, was der Landrat als staatliche Kommunalaufsicht in der zurückliegenden Zeit getan hat, um diese Gemeinden pflichtgemäß an die Kandare zu nehmen. Wir verlangen eine Antwort darauf, da diese örtlichen Verhältnisse auch auf den Kreishaushalt zurückwirken, z. B. bei der Festlegung der Höhe der Kreisumlage. Wenn Dr. Sommer glaubt, „Wir haben kein Einnahme- sondern ein Ausgabeproblem.“ dann gilt das auch für die kreisangehörigen Kommunen. Und dann gilt das auch für den Landrat als Kommunalaufsicht.

Im „Einzelfall Greven“ ist allerdings sehr wohl erkennbar, wie und warum die Kommunalaufsicht bei Grevens Weg in den Bankrott versagt hat. Die Ursachen

für den Grever Nothaushalt sind offensichtlich die finanziellen Beteiligungen an der Airportpark GmbH und an der FMO GmbH. Daher hätte der Landrat als Kommunalaufsicht diese untersagen müssen. Stattdessen hat er einen Interessenkonflikt nicht gelöst: Als Aufsichtsratsmitglied war er rechtlich verpflichtet, die Unternehmensinteressen zu vertreten und als Kommunalaufsicht war er rechtlich verpflichtet, Grevens Haushalt vor dem Kollaps zu bewahren - diesen Spagat, Herr Kubendorff - haben Sie nicht gemeistert. Daher täten Sie nun gut daran, Ihren Einfluss zu nutzen, um den weiteren Ausbau des FMO für alle Zeiten zu begraben.

Wir wissen doch alle: Der FMO ist vor dem Oberverwaltungsgericht gescheitert! Die Prognosen waren falsch und der Naturschutz konnte sich durchsetzen. Die Fluggastzahlen am FMO sind zunächst in den letzten Jahren zusammengeschmolzen und dümpeln nun auf niedrigem Niveau. Die Rahmenbedingungen für den Flugverkehr verschlechtern sich zusehends und mit immer längerer Verfahrensdauern wird die Kostenprognose von 60 Mio. € nicht haltbar sein. Und auch diese Investition garantiert keine Sanierung der hochverschuldeten FMO-Bilanz. Geht da was schief, wird die Zeche über den Kreishaushalt bezahlt und die Kommunen bezahlen über die Kreisumlage mit. Die Verkürzung der Startbahnverlängerung ist daher kein tragfähiger Kompromiss. Sie sollten uns folglich diese Bedrohung für den Kreishalt vom Halse schaffen. Das Modell „Saulus zu Paulus“ könnten Sie glaubwürdig vertreten und würde Ihnen gut stehen.

Wie wir alle wissen, hat Nachhaltigkeit viele Facetten. Daher möchte ich an dieser Stelle noch einmal auf den Haushalt als Ganzes zurückkommen. Die ökonomischen Rahmenbedingungen sind zweifellos gut. Warum können wir dann nicht endlich zu der schon für das Jahr 2008 beschlossenen Schuldenbremse zurückkehren. Wir waren uns damals einig, die Schulden des Kreises jährlich um 1,5 Mio. € abzubauen. Diese als Grundsatzbeschluss gemeinte Entscheidung geriet jedoch ab 2010 in Vergessenheit und nun sollen wieder ungeniert Schulden gemacht werden: bis 2014 ist ein Anstieg der Schulden auf 50,2 Mio. € vorgesehen. In 2008 – zum Vergleich - lag der Schuldenstand bei 39,7 Mio. €, was dann einen Schuldenanstieg bis 2014 (siehe Vorbericht, S. V 28) von rund 10 Mio. € ausmacht. Vereinbart war allerdings eine Verringerung um 10,5 Mio. € auf diesen Zeitraum bezogen. Und damit nicht genug. Auch ein Abschmelzen der Ausgleichsrücklage wird billigend in Kauf genommen. Das Risiko, dass diese Strategie zum Absturz in die Haushaltssicherung führt ist groß. Den Unwägbarkeiten zahlreicher Risikofaktoren (z.B. dem Zinsrisiko) ist der Kreis nun nahezu schutzlos ausgeliefert. Daher fordern wir die Rückkehr zu unserer damals beschlossenen Schuldenbremse. Bei Betrachtung der günstigen wirtschaftlichen Rahmendaten fragen wir: Wenn nicht jetzt, wann dann?

Die damit verbundenen Anstrengungen wären natürlich nicht ohne einen konstruktiven Dialog mit den kreisangehörigen Gemeinden zu bewältigen. Wenn es um das Gemeinwohl geht, dann darf man sich dem nicht entziehen, nur weil man befürchtet, durch einen BM aus der Emschiene durch den Kreis getrieben zu werden, so wie wir das im Zusammenhang mit einer Ortsumgehung erlebt haben.

Lassen Sie mich nun einen kurzen Blick auf die Anträge der mehrheitsbildenden Fraktionen werfen, denn diese entwickeln schon eine deutliche Aussagekraft darüber, wofür diese im Kreistag stehen. Die CDU will den Zuschuss gerade für den ökologisch verträglichsten Verkehrsträger, nämlich die Binnenschifffahrt kürzen (unisono mit der FDP), aber den Straßenneubau mit einem weiteren überflüssigen und nur mit einer Schuldenerhöhung bezahlbaren Projekt (OU Neuenkirchen) vorantreiben. Die FDP möchte der Reaktivierung der Tecklenburger Nordbahn den Garaus machen und begibt sich damit auf ein verkehrspolitisches Abstellgleis. Durch den Streichungsvorschlag für den Breitbandausbau will die FDP dann auch noch ihrem treuen Klientel, dem unternehmerischen Mittelstand, die Förderung einer wesentlichen Infrastruktur vorenthalten. Auch hier geht die FDP mit Volldampf aufs Abstellgleis. Sich selbst übertroffen haben sich CDU und FDP mit ihren Kürzungsvorschlägen für den Windmasterplan: Soll nun wirklich der Atomausstiegsbeschluss der schwarz-gelben Bundesregierung durch eine Verlangsamung des Windenergieausbaus unterlaufen werden? Und warum unterstützen Sie nicht Ihren Parteifreund Kubendorff bei seinen Bemühungen um eine Energiewende im Kreis Steinfurt? Rätselhaft bleibt die beantragte Anhebung der Verwarn- und Bußgelder. Wie wollen Sie das umsetzen, ohne in Personal und Material zu investieren. Der Verdacht einer Luftbuchung drängt sich auf. Und nun noch einmal die FDP: Kleinsummen im Bereich Gesundheitsförderung möchten Sie streichen, mit denen viel Gutes erreicht werden soll. Warum versuchen Sie es nicht einmal bei den dicken Brocken, die den Haushalt wirklich entlasten würden?

Wirkliche Entlastungen haben Sie, Herr Kubendorff, im letzten Jahr mit den Gremien des Kreises auf den Weg gebracht. Sie haben begonnen, konsequent und ohne Ansehen der betroffenen Träger, quasi mit der Rasenmähermethode, im Bereich Gesundheit und Soziales an vielen Stellen zu sparen. Ebenso rigoros verfahren Sie weiter bei den Umstrukturierungen der Aufgaben des Gesundheitsamtes verbunden mit einem effizienteren Gebäudemanagement. Wir haben das zwar kritisch, aber dennoch in großen Teilen mitgetragen. Wir wären begeistert, wenn Sie Ihrem 2010 verkündeten Sparwillen in Sachen Straßenbau ebenso konsequent und rigoros Taten folgen ließen – ohne Ansehen der betroffenen Kommunen.

In Ihrer Haushaltsrede haben Sie, Herr Landrat, wie schon in den Vorjahren, versucht uns mit einer Bilanz und einer Zukunftsvision für den Kreis Steinfurt zu beeindrucken. Wir haben Ihr Kreisentwicklungsprogramm in weiten Teilen unterstützt und werden es auch auf gleiche Weise kritisch weiter begleiten. Ihre Konzeptionen für einen Zukunftskreis enthalten wertvolle Bausteine einer nachhaltigen Regionalentwicklung (z.B. energieautark 2030/2050). Aber dennoch würde Ihre Gesamt-Programmatik keinen Nachhaltigkeitscheck bestehen. Denn Nachhaltigkeit erfordert eine ganzheitliche und Generationen übergreifende Betrachtungsweise und kann nur gelingen, wenn die Belange von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt nicht gegeneinander ausgespielt werden. Diese Botschaft ist zweifellos auch schon im konservativen Lager angekommen: „Der Schutz unserer Umwelt ist für das Überleben der Menschheit elementar. Das erfordert, Nachhaltigkeit als übergreifenden Grundsatz in allen Politikbereichen zu verankern.“ so Ministerin Marion Walsmann, CDU, für die thüringische Landesregierung. Nachhaltigkeit ist jedoch keine Erfindung unserer Zeit, sondern spiegelt sich auch schon in der uralten Weisheit der Cree-Indianer wider: „Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr merken, dass man Geld nicht essen kann.“ Diese Art von Zivilisation hat Millionen von Indianern die Existenz gekostet und ganze Landstriche verwüstet. Diese Art von Zivilisation liegt auch dem Bestreben des US Konzerns Exxon zu Grunde - dort auf altem Indianerland und nun auch hier bei uns ohne Rücksicht auf unsere wertvollste Ressource, das Trinkwasser, Gas zu fördern. Was wollen wir eigentlich diesem ausschließlich gewinnorientierten Konzern moralisch und rechtlich entgegensetzen, wenn wir es nicht schaffen, unsere eigene Umwelt intakt zu erhalten. Prof. Borchardt vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, der zur Zeit für Exxon Risikoanalysen für die Grundwassergefährdung erstellt, hat schon wiederholt darauf hingewiesen, dass, wenn man die Gefährdung unserer Wasserressourcen betrachte, man auch die Landwirtschaft in den Blick nehmen muss.

Aber auch im Hinblick auf unsere noch vorhandenen touristischen Potenziale wäre das Eindringen von Exxon in das Münsterland der Supergau. Genauso wie die Ausbreitung der industriellen Massentierhaltung in einem krassen Gegensatz zum Bestreben des Kreises steht, die Wertschöpfungspotenziale unserer ländlichen Region für den Tourismus zu heben. Die zunehmende Verödung der Landschaft durch endlose Maisäcker, die zunehmende Ungenießbarkeit des Grundwassers durch Nitrat, Pestizide, Arzneimittelrückstände und Desinfektionsmittel, die zunehmende Belastung der Atemluft durch resistente, krankmachende Keime und die Vorstellung, dass in den Industriebauten ähnelnden Masthallen zehntausende von Hühnchen oder Schweinen unter Quarantänebedingungen ihr kurzes, ödes Leben für die

Fleischerzeugung fristen, rücken zunehmend in das Bewusstsein der Menschen und werden zunehmend ein Negativimage des ländlichen Raumes prägen. Hier im Kreis Steinfurt noch Haushaltsmittel in den Tourismus zu leiten, halten wir unter diesen Rahmenbedingungen für mehr als fragwürdig.

Sehr bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass Veterinäramt und Gesundheitsamt des Kreises eine deutlich unterschiedliche Problemsicht haben. Während das Veterinäramt eine Gefährdung der Verbraucher durch Antibiotikarückstände ausschließt und keine Zusammenhänge zu sog. nosokomialen Infektionen z.B. durch MRSA-Keime in Krankenhäusern sieht, warnt das Gesundheitsamt genau davor. „Ein unkritischer Einsatz fördert aber die Entstehung von resistenten Erregern, gegen die Antibiotika nicht mehr wirken.“ so der Leiter des Kreisgesundheitsamtes verbunden mit einem Hinweis auf eben jene MRSA-Keime. Dass mittlerweile bis zu 71% der Schweine und bis zu 86% der Schweinehalter eine Besiedlung mit MRSA aufweisen, ist erschreckend. Noch erschreckender sind die Schätzungen, die besagen, dass jährlich bis zu 40.000 Menschen in Deutschland an den Folgen einer Krankenhausinfektion durch MRSA sterben. Und dieses Gefahrenpotenzial wird unstrittig durch die industrielle Masttierhaltung mit verursacht. Und jeder neu genehmigte Maststall erhöht dieses Risikopotenzial.

Aber wie unabhängig ist der Landrat als untere staatliche Behörde, wenn er sich alljährlich von Herrn Prümers im Kreishaus die Erntekrone aufsetzen lässt. Entwickelt diese eigentlich so viel Gewicht, dass Sie Ihnen beide Augen zudrückt? Eigentlich hätte ja der Landrat als untere staatliche Behörde weitgehende Handlungsmöglichkeiten: Denn neben der Genehmigung Umwelt belastender Anlagen ist auch deren Überwachung elementarer Bestandteil der Aufgabenwahrnehmung der kommunalisierten Umweltverwaltung, so auch Herr Kubendorff als Präsident des LKT. Und weiter: „Die unteren Umweltschutzbehörden haben sich in Nordrhein-Westfalen aufgrund ihrer Größe, Struktur und Leistungsfähigkeit als richtige Ebene für die Wahrnehmung eines Großteils der Umweltverwaltungsaufgaben erwiesen.“ Daran haben wir aber erhebliche Zweifel und fühlen uns darin durch eine Aussage des Landkreistages aus dem Juni dieses Jahres bestätigt: „Die unteren Umweltschutzbehörden arbeiten an der Grenze ihrer Belastbarkeit. Eine konsequente Erfüllung der gesetzlich vorgesehenen Aufgaben kann bereits jetzt nicht immer gewährleistet werden bzw. nur unter Einsatz eigener kommunaler Kräfte.“ Damit haben Sie, Herr Präsident, einen peinlichen Offenbarungseid geleistet. Ich kann mich noch genau erinnern, dass Sie sich in 2007 mehrfach dazu geäußert haben: „Bitte, Herr Rüttgers, verlagern Sie die Umweltverwaltung zu den Kreisen. Wir können das besser als die staatliche Ebene.“ Schwarz-Gelb hat dann die effektiv und kompetent arbeitenden Staatl. Umweltämter zerschlagen und zu den Kreisen verlagert. Und dann hat Ihr

Landkreistag wegen einer angeblichen Unterausstattung der Kreise gegen Ihre eigene Landesregierung geklagt und - verloren.

Und immer noch ziehen Sie nicht die richtigen Konsequenzen, aus Ihrer damaligen Fehleinschätzung. In Ihrer Haushaltsrede sehen Sie zwar die Intensivtierhaltung als immer drängenderes Problem und weisen hin auf Gesetzesentwürfe „in Vorbereitung“. Was jedoch der Landkreistag zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden fordert, ist weit von einer Problemlösung entfernt: Eine gewerbliche Tierhaltung im Außenbereich soll nur in einem engen räumlichen und funktionalen Zusammenhang mit zugehörigem landwirtschaftlichem Betrieb zulässig sein, was nur eine umgehbare Erschwernis darstellt. Gewerbliche oder industrielle Tierhaltungsanlagen ohne zugehörigen landwirtschaftlichen Betrieb wären demnach einer Planung unterworfen, aber eben weiterhin genehmigungsfähig! Was Sie als Lösung verkaufen wollen, ist nicht mehr als eine Mogelpackung. Wie einfach wäre doch alles gewesen, wenn die CDU am 29. 02. dieses Jahres im Bundestag der Streichung der Privilegierung im Außenbereich zugestimmt hätte. Aber noch nicht einmal die CDU-Abgeordneten aus dem Münsterland (Spahn, Schiewerling, Röring, Dr. Jasper) haben dieser konsequenten Lösung zugestimmt. Aber ich kann allen versichern, dieser Antrag wurde dort nicht zum letzten Male gestellt.

Und nach unseren bisherigen Erfahrungen werden wir heute auch nicht zum letzten Mal unsere Kritik am sogenannten Sitzungsdienst des Kreises äußern. Er wurde zwar umfänglich nachgebessert – und dafür danken wir den MitarbeiterInnen der Verwaltung – aber mehr als die willkürliche Auswahl von Dateien ist der Sitzungsdienst nach wie vor nicht, mal ganz abgesehen von der Benutzerfreundlichkeit des neu eingekauften Systems. Ein eindrucksvolles Beispiel lieferte jüngst Herr Niederau im VeWiBa als er mir die Vorzüge des neuen Systems erläutern wollte und dann den entsprechenden Button nicht fand und seinen Versuch abbrechen musste, wofür ich ja ein gewisses Verständnis zeige. Ein Grundsatz moderner Verwaltung ist auch Transparenz und dazu könnte ein moderner Sitzungsdienst wesentlich beitragen. Wie kann es zum Beispiel sein, dass man die früheren Haushaltsreden des Landrats dort nicht findet, weil die Anlagen nicht eingestellt wurden? Wieso gibt es keine Volltext-Suchfunktion? Und warum ist durch einen Sperrbefehl das Durchsuchen des Sitzungsdiensts durch Suchmaschinen ausgeschlossen worden? Ich muss sagen: Der Sitzungsdienst des Kreises Steinfurt ist so etwas wie eine schlecht aufgestellte digitale Wagenburg.

(Anrede), wir werden diesen Haushalt 2012 ablehnen, da er den eigentlich selbstverständlichen Nachhaltigkeitskriterien nicht entspricht.

Bitte nehmen Sie unsere vorgebrachte Kritik nicht persönlich. Betrachten Sie diese lieber als persönliche Herausforderung und Ansporn, im neuen Jahr das Beste für unseren Kreis zu erreichen.

Wir danken allen, die uns beraten und unterstützt haben.

Wir wünschen Ihnen ein wenig politikfreie Zeit, frohe Weihnachtstage und einen guten Übergang ins neue Jahr 2012.

Helmut Fehr, Fraktionssprecher Bündnis 90/Die Grünen

19.12.2011